

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: W. Kaiser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beilagen- oder deren Raum 1 M.  
Vergütungsangelegenheiten und Arbeitervermittlungen 50 Pf.  
Veranstaltungsanzeigen 30 Pf.

## Maifeier im Weltkrieg.

Das Bekenntnis zu den Idealen, für die durch internationale Vereinbarungen der Arbeiter der erste Mal als Demonstrationstag festgesetzt wurde, mag heute, wo wir uns dem Abschluss des vierten Kriegsjahres nähern, deplaciert erscheinen. Noch donnern die Kanonen, neue Opfer sollen zu den Millionen, die der Krieg bereits dahingerafft. Ungeheure Gebiete sind verwüstet, unermessliche Werte sind vernichtet. Noch rast die Kriegswut über die Lande, und wenn wieder Hoffnungen auf ein Ende der Massenschlächterei zu keimen beginnen, dann gründen sie sich nicht auf die Erwartung, daß die Wächter in den verschiedenen Ländern zu der Einsicht kommen, daß es an der Zeit sei, eine Verständigung zu suchen. Der Krieg wird voraussichtlich bis zum bitteren Ende geführt werden; ein militärischer Sieg wird seinen Abschluß bringen, und wir können nur hoffen, daß Deutschland am Ende nicht der unterliegende Teil ist.

Trotz der trüben Gegenwart hoffen wir auf eine bessere Zukunft. Wenn sich auch in beiden Lagern Millionen von Arbeitern als Feinde gegenüberstehen und sich gegenseitig Tod und Verderben zusehen, so kann uns doch diese schmerzliche Tatsache die Überzeugung von der Solidarität der Interessen der Arbeiter aller Länder nicht rauben. Der Maientag soll der Demonstration gegen den Krieg dienen. Ist der blutige Maientag im Höhepunkt des Weltkrieges nicht ganz besonders geeignet, den Abscheu gegen den Krieg zu vertiefen und zu festigen? Wer möchte, nachdem er die Furchtbarkeiten dieses Krieges erlebt hat, künstlich noch den traurigen Mut aufbringen, einen neuen Krieg zu schüren? Die Welt ist des Krieges satt! Die Lehren des Weltkrieges werden so bald nicht vergessen sein, die Wüter werden künftig dem schauderhaften Rückfall in die Barbarei den entschiedensten Widerstand entgegenlegen.

Eine Aufgabe der vor 29 Jahren wieder ins Leben gerufenen Arbeiter-Internationale war es, den Krieg zu verhindern, der infolge des Wettstreites der Regierungen fortwährend drohend über den Völkern Europas hing. Mit Freuden haben wir die Glieder der Internationale wachsen; die gegenseitigen Beziehungen wurden immer inniger; wir glaubten an die Macht der internationalen Arbeiterbewegung. Der Ausbruch des Krieges trotz der verzweifeltsten Bemühungen der Vertreter des internationalen Proletariats hat uns peinlich zum Bewußtsein gebracht, daß wir die Macht der Internationale überschätzt hatten. Sie ist durch die Gewalt des Krieges gesprengt worden, und die Leuchttürme mancher ihrer Glieder lassen es zweifelhaft erscheinen, ob diese den erneuten Zusammenschluß auch nur wünschen.

Lassen wir uns durch solche unerfreulichen Erscheinungen nicht irremachen. Der Zusammenschluß der Arbeiter aller Länder ist eine zwingende Notwendigkeit. In allen Kulturstaaten leiden die breiten Volksmassen unter dem Druck des Kapitalismus. Der Kapitalismus ist international; er ist der Bedrücker und Ausbeuter der Arbeiter ohne Unterschied der Nationalität, und der Kampf des Proletariats gegen den Kapitalismus muß notwendig international geführt werden. Diese Tatsache wird die auseinandergerengten Glieder der Internationale wieder zusammenführen. Die Arbeiterinternationale hat nicht aufgehört zu leben, man kann nicht einmal sagen, daß sie ihre Tätigkeit völlig eingestellt hätte, aber sie existiert und funktioniert nicht mehr in der alten Weise. Das ist jedoch nur ein vorübergehender Zustand. Aus ihrer Erstarrung wird die Internationale zu neuem Leben erwachen. Sie wird aus den früheren Fehlern lernen und sich ein neues, schöneres und besseres Haus errichten, das allen künftigen Stürmen Trost bietet.

Das Bekenntnis zur internationalen Solidarität der Arbeiterinteressen bedeutet nicht das Verleugnen der eigenen Nationalität. Wir haben es immer betont, daß wir nicht aufhören, Deutsche zu sein und als Deutsche zu fühlen, wenn wir den Arbeiter in Frankreich, in England, in Rußland, in Italien als Bruder betrachten. Die Kraft des nationalen Gedankens ist vor dem Kriege öfters unterschätzt worden, die Erfahrungen der letzten vier Jahre haben uns gelehrt, wie stark das Heimatsgefühl bei den Arbeitern aller Länder entwickelt ist. Zum Schutz des bedrohten Vaterlandes hat der deutsche Arbeiter zu den Waffen gegriffen. Wir haben die Bedrückungen und Mißhandlungen, die wir von den herrschenden Gewalten erfahren haben, nicht vergessen. Aber das konnte uns nicht veranlassen, in der Stunde der Gefahr das Vaterland im Stich zu lassen. Wir kämpfen, um das Vaterland zu schützen. Nicht um den herrschenden Gewalten ihre Herrschaft zu sichern, sondern weil der Schutz des Vaterlandes mit unseren eigenen Interessen zusammenfällt. Fremde Eroberer können uns die erwünschte Freiheit nicht bringen, mit den feindlichen Gewalten im eigenen Lande müssen wir uns selbst auseinandersetzen. Durch eigene Kraft muß sich die Arbeiterschaft ihre Heimat so gestalten, daß auch wir wirkliche Freunde am Vaterland haben können. Diesen Willen zur Verteidigung des bedrohten Vaterlandes, von dem der deutsche Arbeiter erfüllt ist, achten wir auch bei den Ar-

beitern der uns jetzt feindlich gegenüberstehenden Nationen. Deshalb fühlen wir uns frei vom Haß gegen die Feinde, die wir bekämpfen. Wir sind überzeugt, daß wir auch mit ihnen wieder freundschaftlich zusammenarbeiten werden zur Befreiung der gesamten Menschheit aus den Fesseln des Kapitalismus.

Der internationalen Solidarität tut die Vaterlands- liebe keinen Abbruch. Vaterlands- liebe ist nicht gleich- bedeutend mit dem blöden Jura- patriotismus, der alles, was bei uns ist, schön und gut findet und mit dummem Hochmut auf die anderen Nationen herabsieht. Wir ver- stehen die Vaterlands- liebe so, daß sie uns den Blick schärft für die Mängel der Zustände in der Heimat. Der 1. Mai, der Arbeitertag, erinnert uns an die Aufgaben, die wir zur Förderung der Kultur in der Heimat zu leisten haben, und die rückwärtig den Kulturstand der gesamten Menschheit heben. Der Krieg ist ein Zerstörer, er zertritt mit ehe- nem Fuß ungeheure Kulturwerte. Um so schöner und dankenswerter ist es, noch unter dem Donner der Kanonen das Evangelium einer neuen Zeit zu verkünden.

Den Ausbau der Arbeiterschutzes- gebung, den wir vor dem Kriege unablässig gefordert haben, haben wir auch im Kriege vertreten, und wir können sagen, daß unser Drängen nicht ganz vergeblich war. Aller- dings sind wir von den erzielten Erfolgen bei weitem nicht befriedigt, und gerade der Maientag soll uns vor Augen führen, wieviel noch auf diesem Gebiet zu leisten ist, wie weit wir noch von der Erfüllung der ursprünglichen Mai- forderung, der Einführung des gesetzlichen Acht- stundentages, entfernt sind.

Wir verlangen den gesetzlichen Achtstundentag, den ge- schlichen Ausbau des Arbeiterschutzes. Wir würden aber vergeblich fordern, wollten wir unfähig warten, bis sich die Gesetzgebungsmaschine in Bewegung setzt. Was wir zur Förderung des Schutzes und der Wohlfahrt der Arbeiter erstreben, müssen wir aus eigener Kraft erkämpfen. Es ist eine alte Erfahrung, daß sich die gesetzgeberischen Maß- nahmen hinsichtlich des Arbeiterschutzes im wesentlichen darauf beschränken, den tatsächlich gewordenen Zustand zu legalisieren. Um praktischen Arbeiterschutzes zu treiben, die Arbeitszeit zu verkürzen und damit die Voraussetzung für den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse zu schaffen, haben wir unsere Gewerkschaftsbewegung ins Leben gerufen. Die Gewerkschaften sind die eigentlichen Träger der For- derungen, für welche die Arbeiter aller Länder nach den Beschlüssen der internationalen Kongresse am 1. Mai de- monstrieren sollen. Man hat früher viel über die würdige Form der Maifeier gestritten. Ohne auf diesen Streit ein- zugehen, kann man sagen, daß die energischste Werbe- arbeit für die Gewerkschaften die beste Art der Maifeier ist. Der Maientag erinnert an diese Arbeiter- pflicht, ihr muß nicht nur am 1. Mai, sondern das ganze Jahr hindurch genügt werden.

Nach dem nun hoffentlich nicht mehr fernem Ende des Weltkrieges wird die Arbeiterinternationale zu neuem Leben erwachen. Wir haben nicht den geringsten Zweifel, daß die jetzt vorhandene Bestimmung haben wie drüben sehr schnell verschwinden wird, wenn erst einmal die Mög- lichkeit der freien Aussprache gegeben ist. Ob dann die Maifeier in der alten Form aufs neue ins Leben gerufen oder ob etwas anderes an ihre Stelle gesetzt wird, gleichgültig. Der Gedanke, der die feierliche Maifeier durch- weht hat, ist unvergänglich. Nach wie vor wird die inter- nationale Arbeiterschaft für den Völkerverfrieden ein- treten, und nach den schrecklichen Erfahrungen des Welt- krieges mit um so größerer Wärme. Verkürzung der Arbeitszeit und Ausbau des Arbeit- schutzes werden nach wie vor die Angelpunkte der Ar- beiterbewegung sein. In dem großen Befreiungskampf, den die Arbeiter aller Länder führen, sind die Gewerkschaft- en die Freikämpfer. Wir müssen sie hegen und pflegen und mit allen Mitteln stärken. Das ist der Sinn unserer Maifeier.

## Neue Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Schutzverband.

### Ausdehnung der Tarifklassen auf das ganze Reich.

In den Verhandlungen mit den Organisationen der Arbeitgeber des Holzgewerbes vor dem Kriegsjahr im August 1917 und bei Gelegenheit der Vertragsverlängerung mit dem Arbeitgeber-Schutzverband im Herbst 1917 haben wir mit allem möglichen Nachdruck darauf hingedringt, alle Orte des Reiches mit nennenswerter Holzindustrie in die begonnene Aufstellung der Tarifklassen einzureihen, um auf diese Weise der besonders von Arbeitgeberseite seit langem erstrebten allgemeinen Regelung der Lohn- und Tarif- fragen im deutschen Holzgewerbe eine feste Grundlage zu geben. Die Zeit ist noch nicht allzu fern, da der Arbeit- geber-Schutzverband als Anführer im Streit um die Verbei- führung des einheitlichen Reichstarifs im Holzgewerbe den Holzarbeitern arge Fehde anjagte, die sich den Reichstarif

nicht bedingungslos vorschreiben lassen wollten, sondern zunächst erst einmal die Anerkennung und Durchführung angemessener Löhne nebst einer grundsätzlichen Regelung der Arbeitszeit und vieler anderer materieller Vorbedin- gungen verlangten, bevor sie sich auf die Diskussion des Reichstarifs einlassen wollten.

Zwischen sind viele Jahre ins Land gegangen, und manche der praktischen Forderungen, die einst als Vorbedin- gung des Reichstarifs von uns erhoben wurden, haben seitdem eine Lösung erfahren. Die Entwicklung unseres Tarifwesens hat im letzten Jahrzehnt nicht stillgestanden, und besonders in den während des Krieges geführten Ver- tragsverhandlungen sind die von den Unternehmern propa- gierten grundsätzlichen Fragen zentralisierter Tarifregelung immer mehr zur Geltung gekommen. Der erstmaligen Schaffung von Tarifklassen mit einheitlichen Vertrags- löhnen und Teuerungszulagen für alle Orte derselben Klasse in den Verhandlungen 1916 folgten im Sommer und Herbst 1917 die Vereinbarungen gleicher Art über weitere Teu- rungszulagen, verbunden mit klassenweiser Regelung von Mindestlöhnen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, Fest- setzung der Arbeitszeit für alle Tarifsorte nach den gleichen Gesichtspunkten und anderes mehr.

Unserer Forderung auf Einbeziehung aller Orte des Reiches in die aufgestellten Tarifklassen leisteten die Unter- nehmer aber einen von ihrem eigenen Standpunkt ganz unerklärlichen Widerstand. Diese Frage mußte immer wieder vertagt werden, weil sich der Arbeitgeber-Schutzverband so wenig wie die übrigen mit ihm konkurrierenden kleineren Verbände an diese Frage herantrauten. Erst im Frühjahr dieses Jahres reifte im Arbeitgeber-Schutzverband der Ent- schluß, mit uns in die Verhandlung über diese Frage ein- zutreten, nachdem vorher der Bund deutscher Tischler- innungen sich ebenfalls zustimmend erklärt und mit dem Schutzverband darin gemeinsame Sache gemacht hatte.

Nach Erledigung der umfangreichen Vorarbeiten für solche Verhandlungen durch unseren Verband kam zwischen den Zentralvorständen die Vereinbarung zustande, daß die Verhandlungen über die Einteilung aller Orte in Tarifklassen im Beisein von Vertretern der Arbeit- geber und der Arbeiter aus dem ganzen Reich am 4. April in Nürnberg vor sich gehen sollten.

Der umfangreiche Apparat wurde auch in Bewegung ge- setzt, doch zeigte sich bald, daß im Arbeitgeberlager wieder Kräfte am Werk gewesen waren, die den ganzen Plan zu vereiteln suchten. Bei Beginn der Verhandlungen teilte der Vorsitzende des Arbeitgeber-Schutzverbandes, Herr Koniegny, mit, daß seine Kollegen nicht in der Lage seien, über den Rahmen der ihnen und dem Innungsband angeschlossenen Orte hinaus in die Ver- handlung einzutreten. Diese Stellungnahme wurde von ihm und seinen Gauvertretern damit begründet, daß die Arbeitgeber ganz allgemein die Bedeutung der Frage, die hier zur Erörterung stehe, nicht einzusehen vermöchten und daher dem Schutzverband weiter nichts als Andank und Schwierigkeiten in der Agitation daraus erwachsen könnten. Auch seien die konkurrierenden Verbände der Arbeitgeber jetzt schon am Werk, dem Schutzverband wegen seiner ganzen Haltung in der Vertragsfrage den Strich um den Hals zu legen, den sie nur noch fester anziehen würden, wenn sich der Schutzverband jetzt von neuem in einer solchen wichtigen Frage festlege. Möge das auch gerade kein fortschrittlicher Standpunkt sein, so könne man es dennoch nicht ändern.

Damit mußten sich unsere Verbandsvertreter zunächst abfinden; sie waren nur wieder einmal um eine Erfahrung reicher, die allerdings nicht zugunsten der Arbeitgeber und ihrer Organisation ausgelegt werden kann. Der Schutz- verband bzw. dessen Führer können sich der Überzeugung nicht verschließen, daß eine Fortentwicklung des Vertrags- wesens im Holzgewerbe die unerlässliche Voraussetzung für eine dauernd friedliche Gestaltung der Arbeitsverhältnisse ist, und daß gesunde Erwerbs- und Konkurrenzbedingungen sowohl für Arbeitgeber wie für Arbeiter ohne die Erfüllung dieser Voraussetzung fromme Wünsche bleiben müssen. Aber was nützt ihnen diese Überzeugung, da sie doch nicht in- stande sind, den rückständig-jüngerlichen Geist zu bannen, der heute noch allgemein unser Arbeitgebertum beherrscht. Mit diesem Geist kann nur ausgeräumt werden, wenn die Organisation der Holzarbeiter stark und mächtig dasteht und jederzeit mit dem Druckmittel des wirtschaftlichen Kampfes auf dem Plan erscheinen kann. Die bessere Ein- sicht hat dort keinen Raum. Im gegenwärtigen Augenblick ist aber den Arbeitern diese aggressive Taktik unmöglich ge- macht, also braucht man sich auch nicht wegen solcher Probleme den Kopf zu zerbrechen.

In unsern Kollegentreisen ist schon hier und da der Ge- danke aufgetaucht, daß auf Arbeitgeberseite die soziale Ein- sicht während des Krieges Fortschritte gemacht hätte und Tarifabschlüsse ähnlich denen des letzten Jahres auch in Zukunft ohne Anwendung wirtschaftlicher Machtmittel durch- gesetzt werden könnten. Es ist vielleicht ganz gut, daß durch solche Vorkommnisse, wie die hier geschilderten, derartige Meinungen besser als es Worte vermöchten widerlegt wer- den. Es bleibt dabei, daß der wirtschaftliche Aufstieg der

Arbeiterklasse, die Sicherung ihrer Rechte und Interessen unter gleichzeitiger Wahrung der Lebensbedingungen des ganzen Gewerbes nur auf den Schultern der Arbeiter und ihrer Organisation lastet. Fehlt von dieser Seite die starke treibende Kraft, so ist es mit jedem Fortschritt in der bezeichneten Richtung vorbei.

Mögen die Unternehmer des Holzgewerbes in dieser Voraussicht nur weiter tatenlos dahinträumen; das Erwachen wird eines Tages um so unangenehmer sein. Unsere Kollegen und unser Verband werden aus solchen Vorgängen ihre Schlüsse zu ziehen wissen.

**Gewerkschaftsarbeit in der Kriegsgefangenschaft.**

Der aus der russischen Kriegsgefangenschaft zurückgekehrte Kollege Hugo Langhammer sendet uns die nachfolgenden Mitteilungen über seine Erlebnisse:

Der Weltkrieg mit seinen Massenheeren und seinen ausgedehnten Fronten hat auch den Kriegsgefangenen zu einer Massenerscheinung gemacht. Große Barackenstädte entstanden, um die Gefangenen notwendig unterzubringen, wenn auch nur vorübergehend. Bei allen kriegsführenden Nationen gilt der Grundsatz: Die Gefangenen müssen sich ihren Lebensunterhalt selbst verdienen. Man hat sie nicht dauernd im Lager als Gefangene eingesperrt und ernährt, sondern als Arbeitskräfte für die Volkswirtschaft nutzbar gemacht. Im allgemeinen wurden nur die Kranken und Invaliden in den Lagern verpflegt, für alle einigermaßen arbeitsfähigen Gefangenen waren die Lager nur Kontroll- und Durchgangsstationen.

Der größte Teil der Gefangenen wurde der Landwirtschaft zugewiesen oder bei öffentlichen Arbeiten verwendet. Die Landwirtschaft und eine Reihe anderer Unternehmungen, denen gleich zu Anfang des Krieges alle wehrpflichtigen Männer entzogen wurden, hätten im notwendigen Umfang gar nicht weitergeführt werden können, wenn nicht diese Kräfte nutzbar gemacht worden wären. Noch mehr; eine ganze Reihe von öffentlichen Bauten wäre gar nicht ausgeführt worden, wenn ihnen der Krieg diese billigen Arbeitskräfte nicht zugeführt hätte. Dies kann man von Rußland ganz besonders sagen. Viele Eisenbahnstrecken, die neu gebaut oder erst zweigleisig gemacht wurden, wären heute noch nicht vorhanden, wenn man keine Kriegsgefangenen gehabt hätte. Die Wurmambahn, hinaus zur Halbinsel Kola am Weißen Meer, wo viele Tausende Kameraden durch das Wüten des Skorbut (Sint) ihr Leben lassen mußten oder dauerndem Siechtum verfallen sind, wäre noch lange nicht soweit gefördert, wenn keine Kriegsgefangenen dort zur Arbeit gezwungen worden wären.

Auch das Holzfällen und das Weiterverarbeiten in den Urwäldern, wo die Malaria ihre Opfer suchte, war eine Hauptbeschäftigung der Gefangenen. Mit einem 400 Mann starken Transport kam ich Ende November 1916 nach Njra im Gouvernement Simbirsk, etwa 800 Kilometer östlich von Moskau, auf Waldarbeit zur Firma Epstein u. Co., ein Holzunternehmen der „Großen russischen Holzgesellschaft“. Dort waren schon etwa 600 Kameraden in Tätigkeit. Die Arbeit bestand im Fällen von Nadel- und Brennholz sowie im Zurichten und Verladen desselben. Der Hauptabnehmer war die russische Eisenbahnverwaltung. Bei dem Kohlenmangel in Rußland werden die Lokomotiven meist mit Holz geheizt.

Bei mäßigem Schnee und strenger Kälte bis 40 Grad wurde täglich, solange es Tag war, gearbeitet. Verdient haben wir nicht einmal das, was unsere Verpflegung kostete, wenigstens nach Berechnung der Firma. Anfangs wurden 60 Kopeken, später 80, dann 1 Rubel pro Tag für unsere Kost ausgegeben. Wir bekamen auch Pelze und andere warme Kleidung, ohne die man ja auch gar nicht arbeiten konnte. Alles wurde von der Kantine auf Vorschuß genommen. Bei der hin und wieder erfolgten Abrechnung wurde uns nur mitgeteilt, daß wir nochOUNDso viel Schulden hätten. Ab und zu gab es auch einige Rubel, damit man Tabak (Machorka) kaufen konnte, das einzige Genussmittel, das für Gefangene zu haben war. So ging es bis Ostern 1917, bis das Lawetter das Arbeiten im Walde unmöglich machte. Jetzt kam die große Abrechnung. Einzelne Kolonnen bekamen noch einige Rubel heraus, doch die meisten hatten Schulden. Die tausend Mann hatten zusammen fast 50 000 Rubel Schulden und hatten doch den ganzen Winter schwer gearbeitet. So kam es eben nur die Russen mit der Rechenmaschine rechnen, gestützt auf die Herrschaft des Jurismus. Doch sollte es bald anders kommen.

Mit dem Lawetter zog auch ein unbestimmtes Freiheitsgefühl bei uns ein als Folge der Februarrevolution, von der wir aber erst Mitte März erfuhren. Da die Arbeit ruhte, hatten wir Zeit zum Überlegen und Beraten. Schon dieses hatten wir in den Winternächten über unsere Lage gesprochen und beraten, wie sie zu verbessern sei, doch nie kam es zum Handeln, weil keine Einigkeit zu erzielen war. „Jeder soll sehen, wo er bleibt“, war die Ansicht der meisten Kameraden. Auch jetzt entschied sich der größte Teil für die Abreise von dieser ungesicherten Stätte, einer unbestimmten Zukunft entgegen. Die Forderung der Firma, die 30 000 Rubel Schulden zu streichen, machte viele noch misstrauischer. „Glaubt dem Juden nicht!“ riefen einige dem Vertreter der Firma zu. Es zogen Mitte April etwa 100 Kameraden ab und zerstreuten sich in alle Himmelsrichtungen. Den übrigen der Firma, die noch auf der Befehlsbefreiung ihrer Überredungsstufe anwandten, gelang es nur einem ganz kleinen Teil zur Rückreise zu bewegen.

Die Zurückgebliebenen hatten einen arbeits Plan, für den die Abreise nicht in Betracht war. Wir wollten die gewerkschaftliche Methode zur Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse anwenden, und wir haben es mit Erfolg zur Anwendung gebracht. Wir gingen, ohne Kommission von fünf Mann, zur Firma und trugen dort unsere Wünsche vor. Nach längeren, wiederholten Verhandlungen kam eine Vereinbarung zustande, die unter Berücksichtigung der Firma auf eine ganz neue Grundlage stellte. Überall wurden alle Schulden niedergeschlagen. Hier das Ergebnis der Verhandlungen:

Vereinbarungen zwischen der Firma Epstein u. Co. und den bei ihr beschäftigten Kriegsgefangenen.

**1. Allgemeines.**

Die Kriegsgefangenen Deutschen und Oesterreicher gelten von heute an der Firma gegenüber als freie Arbeiter.

**2. Organisation.**

Die Arbeiter aus jeder Baracke bilden eine Vereinigung und halten unter sich Beratungen ab. Sie wählen aus ihrer Mitte einen Obmann, der von der Direktion zu beständigen ist. Dieser hat die Aufgabe, die Wünsche der Arbeiter bei der Firma vorzutragen, auch können die Arbeiter durch ihn mit den Arbeitern aus anderen Baracken und von anderen Arbeitsplätzen in Verbindung treten. Der Obmann gilt als Mittelsperson zwischen der Firma und den Arbeitern, und hat er als solche die Ausführung der Arbeiten zu kontrollieren. Er erhält ein bestimmtes Monatsgehalt, das von der Firma allein zu tragen ist. Es werden Arbeitskolonnen von 2 bis 6 Mann gebildet.

**3. Verpflegung.**

Die Kolonnen verpflegen sich selbst. Lebensmittel und Bekleidungsstücke erhalten sie in der Kantine gegen Barzahlung. Sie können dieselben aber auch im freien Verkehr kaufen, wo sie wollen, da die Kantinenverwaltung eine Verpflichtung, alles Gewünschte zu liefern, nicht übernehmen kann.

**4. Werkzeug.**

Die Arbeitskolonnen müssen eigenes Werkzeug haben, das sie zum Selbstkostenpreis im Kontor entnehmen und bei Aufgabe der Arbeit gegen Erstattung des Preises dort wieder abzuliefern haben.

**5. Entlohnung.**

a) Die Arbeiter erhalten die gleichen Löhne wie die beschäftigten Russen und Zivilgefangenen, abzüglich 25 Prozent, die seitens der Firma an die Militärverwaltung zu zahlen sind. Bei Festsetzung der Preise für Akkordarbeiten wird dieser Abzug gleich berücksichtigt, um Differenzen bei der Abrechnung möglichst zu vermeiden.  
 b) Für alle Arbeiten werden mit dem Obmann Preise vereinbart und den Arbeitern bekanntgegeben, ehe mit der Ausführung der Arbeit begonnen wird.  
 c) Für Arbeiten, die in gleicher Ausführung immer wiederkehren, ist ein Akkordtarif aufzustellen.  
 d) Für Aufräumarbeiten und solche Leistungen, die sich nicht vorher berechnen lassen, wird ein Tagelohn von 250 Rubel festgesetzt.  
 e) Steigen oder fallen die Verpflegungskosten der Arbeiter, so sind die Tariffätze und Löhne entsprechend der Verteuerung oder Verbilligung der Lebensmittel und Bekleidung von neuem festzusetzen.

**6. Akkordtarif.**

- a) Holz fällen und spalten, pro Koup . . . 18 Rubel,
- b) Brennholz stapeln, pro Stapel . . . 4 Rubel,
- c) Langholz laden, pro Werschok . . . 4 1/2 Kopeken,
- d) Grubenholz schneiden, pro Stück bei einer Stärke bis 1 1/2 Werschok . . . 1 Kopeken,
- „ „ „ „ von 2 bis 2 1/2 Werschok 1 1/2 „
- „ „ „ „ „ 3 „ 3 1/2 „ 2 1/2 „
- „ „ „ „ „ 4 „ 4 1/2 „ 3 1/2 „

**7. Abnahme und Abrechnung.**

Am Schluß jeder Woche sind die geleisteten Arbeiten von einem Angestellten der Firma zu kontrollieren und für das Lohnbureau zu berechnen. Verfümt dies der Angestellte, so kann der Obmann der Arbeiter dies selbst vornehmen und die Berechnung im Kontor vorlegen. Nach diesen Angaben wird der Lohn gezahlt. Jedoch behält sich die Firma das Recht der Nachprüfung vor.

Ueber Arbeitszeit wurde nichts vereinbart, da die Beschäftigung im Walde sehr vom Wetter abhängig ist und im Sommer durch das massenhafte Auftreten von Mücken unterbrochen werden muß. Gearbeitet wurde 8 bis 9 Stunden pro Tag.

Unterzeichnet wurde der Vertrag auch nicht, und doch wurde er eingehalten. Der Wille der Firma, den Vertrag zu halten, kam dadurch zum Ausdruck, daß sie einem Obmann der Arbeiter für drei Tage ein Reitpferd zur Verfügung stellte, auf dem er von Baracke zu Baracke ritt, die Arbeiter versammelte und hoch zu Ross die Vereinbarung vorlas. Im Beisein eines Vertreters der Firma erklärten dann die Arbeiter ihre Zustimmung, und sie waren dadurch nunmehr auch an den Vertrag gebunden.

Damit war eine brauchbare Grundlage geschaffen, auf der sich weiterbauen ließ, und es wurde weitergebaut. Absatz 1 und 5 waren die Grundpfeiler, die einem weiteren Ausbau förderlich waren. Und gerade der Absatz 5e, der anfangs vielen Kameraden nicht gefallen hatte, weil darin auch von einem eventuellen Herabziehen der Preise die Rede war, gab öfters die Möglichkeit zu Lohnsteigerungen.

Wie vorausgesehen war, wurde nichts mehr billiger, sondern die Kurve der Warenpreise ging unaufhaltbar in die Höhe. So wurden die Akkordpreise bis Ende November 1917 (siehe Akkordtarif) a) von 18 auf 26 Rubel, b) von 4 auf 7 Rubel, c) von 4 1/2 auf 8 Kopeken und der Tagelohn von 250 auf 4 Rubel erhöht. Wir 400 Mann haben unter diesen Verhältnissen menschenwürdig leben können, und erst als die Nachricht vom Waffenstillstand auch in den Urwald kam, zogen alle ab in das Lager, die Hoffnung im Herzen, recht bald die Heimat wiederzusehen. Da halten auch die besten Lohn- und Arbeitsverhältnisse keinen mehr zurück. Dieser Zustand als „höhere Macht“ von der Firma anerkannt, ließ sie nichts gegen das plötzliche Verlassen der Arbeit unternehmen.

Die Bauern, die als Holzfahrer bei der Firma arbeiteten, hatten recht bald von uns gelernt, hielten Versammlungen ab, faßten Beschlüsse und schickten ihre Vertrauensleute zur Direktion, wenn sie Forderungen insgesamt stellten, und hatten auch Erfolg, ihre Preise wurden öfter aufgebessert. Bis zum Frühjahr 1917 wurden sie als

Knechte behandelt. Die Beamten der Firma diktierten die Preise, und jeder war froh, für sich und seine Pferde Arbeit zu haben. Ein bewußtes, gemeinsames Auftreten kannten sie nicht.

Wir haben unsere gewerkschaftlichen Grundsätze über Solidarität und soziales Empfinden und Handeln den Bauern öfters vorgetragen und dankbare Zuhörer gefunden, wenn wir auch nur durch Dolmetscher zu ihnen reden konnten. So ist durch den Weltkrieg, der auch die Fesseln zaristischer Despotie gesprengt hat, durch seine Völkermischung Gewerkschaftstheorie und -praxis in Gegenstand getragen worden, wo 95 Prozent der erwachsenen Bevölkerung nicht lesen und schreiben können.

Der Grundsatz: „Jeder soll sehen, wo er bleibt“, hat sich auch in Feindesland als falsch erwiesen, ebenso das planlose Weglaufen von der Arbeit. Durch gemeinsames, zielbewußtes Handeln haben wir uns als Gefangene ein erträgliches Los erkämpft unter Verhältnissen, wo es die Mehrzahl für unmöglich gehalten hat. Wieviel leichter muß es sein, in Deutschland als freier Arbeiter durch solidarische Handeln menschenwürdige Zustände zu schaffen und die Erzeugnisse der Kultur mitzugenießen. Wir müssen nur wollen!

**Soziales.**

**Der Kampf um das Wahlrecht.**

In der nächsten Zeit wird im preussischen Landtag die Entscheidung über das Wahlrecht fallen. Die Kommission des Landtages hat die entscheidende Bestimmung der Regierungsvorlage über die Reform des Wahlrechts abgelehnt. Sie will das bestehende Dreiklassenwahlrecht noch verschärfen. An dessen Stelle soll nach dem Willen der Mehrheit ein Mehrstimmenrecht treten, nach welchem die Arbeiter, die Gut und Blut geopfert und auf den Schlachtfeldern ihr Leben eingesetzt haben zum Schutz des Vaterlandes, nur eine Stimme haben sollen, während die Wucherer und Kriegsgewinner, die indessen in der Heimat ihr Schäfchen ins Trockene gebracht haben, bis zu sechs Stimmen sollen abgeben dürfen.

Die Wahlrechtskommission des preussischen Landtages hat die in erster Lesung gefaßten Beschlüsse, die eine Erhöhung des Wahlrechtsverlangens des deutschen Volkes bedeuten, in der zweiten Lesung die im wesentlichen wiederholt. Noch vor Pfingsten muß die Entscheidung im Plenum fallen. Die Parteiverhältnisse im Abgeordnetenhaus lassen es ungewiß erscheinen, ob dieses die Beschlüsse seiner Kommission bestätigen wird. Eine große Wahrscheinlichkeit spricht dafür. Tritt dieser Fall ein, dann wird das deutsche Volk diese Herausforderung durch die Erwählten des Geldsacks im Junkerparlament aufnehmen; dann stehen wir, während draußen an der Front die Kanonen noch ihr ehernes Wort sprechen, vor erbitterten Kämpfen im Innern.

Die Regierung hat sich dafür eingesetzt, daß sie das Königswort, welches das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht verspricht, mit allen verfassungsmäßigen Mitteln einlösen will. Lehnt der Landtag das gleiche Wahlrecht ab, dann ist es die Regierung ihrem Ansehen schuldig, daß sie den Landtag auflöst und Neuwahlen ausschreibt. Das Wahlrechtsverlangen ist im Volke so mächtig, daß selbst unter der Geltung des Dreiklassenwahlrechts zu erwarten steht, daß dann eine wahlrechtsfreundliche Mehrheit zustande kommt.

Schon suchen die Wahlrechtsfeinde nach Hintertüren. Es heißt jetzt, daß die Beratung der Wahlrechtsvorlage noch vor der Verabschiedung des Etats erfolgen soll. Dadurch wäre die Regierung verhindert, die Auflösung des Landtages sofort nach der Ablehnung des gleichen Wahlrechts auszusprechen. Aber es besteht auch noch keinerlei Sicherheit dafür, daß die Regierung sich mit der Absicht trägt, gegebenenfalls zur Auflösung des Landtages zu schreiten, wenn sie sich durch ihre Erklärungen so gebunden hat, daß ihr ohne Preisgabe ihres Ansehens ein anderer Ausweg nicht bleibt.

Aber gleichviel, was geschieht; die lebhafteste Anteilnahme des deutschen Volkes an den schweren Kämpfen an der Weltfront wird es nicht hindern können, daß die beginnenden Verhandlungen des preussischen Landtages mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt werden. Es handelt sich um die heiligsten Güter des deutschen Volkes. Wagt es die Junkermehrheit des Dreiklassenhauses, pochend auf ihre Geldsacke, dem arbeitenden und kämpfenden Volke die Gleichberechtigung vorzuenthalten, dann fällt auf sie die Schuld für die Folgen einer solchen frechen Herausforderung.

**Für den Ausbau der Sozialpolitik.**

Die von der Gesellschaft für Soziale Reform auf den 14. April einberufene Versammlung gestaltete sich zu einer wichtigen Kundgebung für die Fortführung und den Ausbau der Sozialpolitik nach dem Kriege. Der große Saal der Philharmonie in Berlin konnte die Besucher nicht alle fassen, so daß in einem Nebensaal noch eine Parallelsammlung abgehalten werden mußte. Eine Reihe hoher Beamten unter Führung des Vizetanzlers Pappe nahm als Gäste an der Versammlung teil. Den Vorsitz führte Frhr. v. Berlepsch. Den Hauptvortrag hielt Professor Dr. Franke. Er wies unter anderem darauf hin, daß der Krieg bereits einige wichtige sozialpolitische Fortschritte gebracht habe, so das Verbot der Nachtarbeit in den Bädereien, den Lohnschutz der Heimarbeiter, Wöchnerinnenhilfe, Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung auf 65 Jahre, Zulagen für die Invaliden- und Witwenrenten. Die Tarifverträge und Arbeitsgemeinschaften werden von den Behörden anerkannt. An den maßgebenden Stellen haben sich die Anstalten über die Arbeiterverbände geändert; die Gewerkschaften und Arbeitsstellenorganisationen werden in ihrer Bedeutung unser Volkstum gewürdigt.

Auf die Hebung der Volkskraft und der Volksgesundheit muß nach dem Kriege der größte Wert gelegt werden. Die Grundlage aller Sozialreform ist die volle Gleichberechtigung der Arbeiterschaft, an der nicht mehr gerüttelt werden darf.

Der Redner stellte eine Reihe von sozialpolitischen Forderungen auf, an deren Durchführung nach dem Kriege mit aller Kraft gearbeitet werden müsse. Dazu gehört die Wöchnerinnenhilfe, Familienversicherung in den Krankenkassen, Ausbau der Unfallversicherung und Verstärkung des Einflusses der Arbeiter auf dieselbe. Das Arbeitsnachweesen und die Arbeitslosenversicherung müssen geschäftlich geregelt werden. Die Berufsvereine müssen anerkannt, Arbeitskammern errichtet und das Einigungswesen ausgebaut werden. Weiter ist zu fordern eine großzügige Wohnungsreform, Ausbau des Schulwesens usw. In den Vorträgen, die mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde, schlossen sich Ansprachen von bekannten Sozialpolitikern und den Vertretern einer Reihe von Arbeiter- und Angestelltenverbänden verschiedener Richtung. Als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften sprach deren Vorsitzender, Legien.

Die Versammlung hat zum Ausdruck gebracht, daß die Organisationen der Arbeiter und der Angestellten der verschiedenen Richtungen, unbeschadet der besonderen Bestrebungen, die sie verfolgen, doch in dem Verlangen einer energischen Fortführung der Sozialpolitik übereinstimmen, und daß ihre Forderungen auf diesem Gebiet von allen einsichtigen Sozialpolitikern unterstützt werden. Die Bedeutung dieser Kundgebung darf nicht unterschätzt werden, man wird sich aber hüten müssen, sie zu überschätzen. Wenn auch eine große Versammlung, deren Teilnehmer als Vertretung von Millionen von Volksgenossen angesehen werden müssen, sich für die kräftige Fortführung der Sozialreform ausspricht, so ist doch bis zur Durchführung der gedrückten Wünsche noch ein weiter Weg. Es gibt sehr einflussreiche Kräfte, die sich der Fortführung der Sozialreform entgegenstemmen und sie am liebsten rückwärts revidieren möchten. Diese reaktionären Kräfte können nur durch den einmütigen Willen der Arbeiterklasse in Schach gehalten werden. Deshalb ist es als besonders wertvoll zu begrüßen, daß sich die Organisationen der verschiedensten politischen und religiösen Richtungen zur Förderung der gemeinsamen Arbeiterinteressen zusammengefunden haben. Bis die gesteckten Ziele erreicht sind, wird es aber noch langer, mühevoller Arbeit bedürfen.

**Verbandsnachrichten.**

**Bekanntmachungen des Vorstandes.**

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 17. Wochenbeitrag für das Jahr 1918 fällig geworden.

Die Monatskarte über die Arbeitslosigkeit im Monat April ist spätestens bis zum 2. Mai an uns einzufenden. Im Interesse einer vollständigen Statistik sollte die rechtzeitige Berichterstattung von keiner Zahlstelle veräußt werden. Zahlstellen, die über keine Arbeitslosigkeit zu berichten haben, senden die Monatskarte nur mit Angabe der Mitgliederzahl am Monatschluß ein. (Die Karten sind mit 7 1/2 Pfennigmarken zu frankieren.)

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 430843 Kurt Göring, Tschl., geb. 24. 6. 78 zu Pöfned.
- 739290 Anna Weiland, Korbach, 21. 11. 81 zu Kesselsdorf.
- 765254 Gustav Legrum, Tschl., 3. 11. 98 zu Kaiserslautern.
- 790854 Frieda Grupp, Korbach, geb. 24. 7. 93 zu Hamburg.
- 816842 Paul Koopmann, Tschl., geb. 13. 3. 94 zu Lübeck.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

**Korrespondenzen.**

**Berlin.** Ueber die Generalversammlung vom 20. März, in der Kollege Leipart den Vortrag über den Volksbund für Freiheit und Vaterland gehalten hat, sendet uns die von der nachfolgenden Generalversammlung am 12. April hierzu besonders eingesezte Kommission den nachfolgenden Bericht:

Die neugewählten Delegierten der Berliner Kollegen beschäftigten sich in der Generalversammlung am 20. März mit dem Beitritt der Generalkommission und der Vorstände zum Volksbund. Nach Begrüßung der neuen Delegierten mit dem Wunsch zu reger Mitarbeit im Interesse des Verbandes durch den Bevollmächtigten Glöde beschloß die Versammlung zunächst die vorliegende Tagesordnung: 1. Vortrag des Vorsitzenden Leipart über „Volksbund für Freiheit und Vaterland“, 2. Diskussion, abzuändern und folgende Tagesordnung sich zu geben: 1. Begründung des Antrages über Austritt aus dem „Volksbund für Freiheit und Vaterland“, 2. Vortrag des Verbandsvorsitzenden Leipart, 3. Diskussion.

Der Begründer des Antrages, Münski, betonte die Notwendigkeit des Austritts schon aus prinzipiellen Gründen. Freigewerkschaftliche Arbeiterorganisationen lassen sich nicht ohne Einbuße prinzipiellen Wesens mit dem Volksbund angehörenden Organisationen und Personen zusammenschließen. Für Freiheit und Vaterland kämpfen wollen die Vorstände mit Personen, die diese Dinge so auffassen, wie wir sie nicht haben wollen. Starke Monarchie, gegen Parliamentsherrschaft, gegen das Frauenwahlrecht u. a. m. sind bei diesen die Parole. Sie sprechen nicht von der Notwendigkeit von Annexionen, sondern schamhaft von Grenzversicherungen. Gegenüber den Anhängern der Vaterlandspartei ist nur der Unterschied: Dort offene Annexionisten, hier verhehlerte Annexionisten. Was haben die Führer des Volksbundes der berühmten Friedensresolution für eine Auslegung gegeben? Nur eine rein annexionistische.

Der § 139 des Verbandsstatuts überträgt der Zahlstelle die Garantie für die Verbandskasse, an deren Ort der Vorstand seinen Sitz hat. Das ist jetzt Berlin; das bedeutet hingegen, die oberste Finanz der Berliner Kollegen. Die Generalversammlung hat dem Vorstand bei Ausgaben besonderer Art auf die Finger zu sehen, und daß sie bestimmte Forderungen

stellen darf. Beiträge wurden an den Volksbund entrichtet, allerdings direkt durch die Generalkommission, deren Einnahmen sich bekanntlich u. a. auch aus Beiträgen unseres Verbandes zusammensetzen. Der Beitritt, die finanzielle Unterstützung des Bundes verstoßen klar gegen den § 141. All dies ist keine etwa notwendige Kartellverbindung, keine auf Grund des Statuts zulässige, für den Fonds der Generalkommission notwendige Ausgabe. Die Maché des Beitritts, das Sineinzingen der Mitglieder in den Volksbund, ist etwas die christliche Demokratie Verhöhnendes. Wir Berliner Kollegen lehnen es ab, Mitglieder dieses Bundes zu sein. Wir folgen der Generalkommission, unserem Vorstand nicht auf dem beschrittenen Weg. Wir wehren uns entschieden dagegen, die Organisation zu einer christlich-nationalen herabwürdigten zu lassen.

(Auf die Wiedergabe der von der Kommission gegebenen Darstellung von dem Vortrag des Kollegen Leipart können wir hier verzichten, da über diesen Vortrag bereits ausführlich berichtet wurde.) Der Bericht fährt dann fort:

Die Diskussionsebene, der Bevollmächtigte Glöde angenommen, sprachen sich entschieden für Annahme des Antrages aus. Genz wehrte sich entschieden dagegen, daß der Vorstand die Mitglieder wie unwillige Kinder zu behandeln sich erlaubt. Speziell dies Sineinzingen der Mitglieder, ohne ihre Zustimmung dafür einzuholen, ist's, was besonders scharf zu verurteilen ist. In richtiger Art der Vaterlandspartei einen Damm entgegenzusetzen, vermag die Volksmasse nur, wenn sie freiwillig sich zusammenschließt, nicht durch Beschlüsse der Vorstände zusammengezwungen wird. Wir besitzen unsere politischen Parteien, in deren Reihen es sich am besten gegen die Vaterlandspartei kämpft. Der Beitritt zum Volksbund bedeutet eine Zerreißung der Kräfte der modernen Arbeiterbewegung.

Glöde vermißt in dem Antrage wie in dessen Begründung Mißbilligendes gegen die Vaterlandspartei. Auch die Diskussion wandte sich nur gegen den Beitritt zum Volksbund. Die Ortsverwaltung Berlin kann auch nicht den Beitritt gutheißen. Glöde wünscht eine Formulierung des Antrages wenigstens in der Art, daß in ihm zum Ausdruck kommt der entschiedene Wille, die Vaterlandspartei zu bekämpfen.

Gegen einige Stimmen, 468 Delegierte waren anwesend, wurde folgender Antrag angenommen:

„Durch ihren Beitritt zum Volksbund für Freiheit und Vaterland haben die Generalkommission und die Gewerkschaftsvorstände den Interessen der Arbeiterbewegung zuwider sich betätigt. Fußend auf die §§ 139 bis 141 des Verbandsstatuts, fordert die Generalversammlung vom Vorstand den Austritt aus genanntem Bund. Die Generalversammlung erklärt den Beitritt zu diesem Bund als einen jeder christlichen Demokratie höhnsprechenden Akt und weist für sich jede Gemeinschaft mit dieser Vereinigung entschieden von sich.“

Ein Nachtrag zu diesem Antrag auf Berufung eines außerordentlichen Verbandstages, wenn der Austritt verweigert wird, und auf Sperrung der Beiträge an die Generalkommission wird zurückgestellt. Es soll abgewartet werden, was der Vorstand tun wird.

Darauf erklärte der Vorsitzende Leipart, diese Beschlusfassung könne für den Vorstand nicht maßgebend sein, da nicht Berlin allein, sondern die gesamte Mitgliedschaft Deutschlands über die Handlungen des Vorstandes zu bestimmen hätte.“

**Anmerkung der Redaktion:** In der Generalversammlung am 12. April wurde es als ein „Fauschlag ins Gesicht“ für die Berliner Kollegen bezeichnet, daß wir in Nr. 14 nur das Referat des Kollegen Leipart und nicht auch einen Bericht über den weiteren Verlauf der Versammlung vom 20. März gebracht haben. Wäre uns ein solcher Bericht zugegangen, so hätte seiner rechtzeitigen Veröffentlichung nichts im Wege gestanden. Der heutige Bericht gibt jedoch auch nur ein ungenaues Bild von dem wirklichen Verlauf der Versammlung. Nicht nur, daß man den Verbandsvorsitzenden nicht an erster Stelle reden ließ, trotzdem er als Referent eingeladen war, man wollte sogar soweit gehen, ihm alsdann nur eine halbstündige Redezeit zu gewähren. Zwar lehnte die Mehrheit diesen Antrag ab, dafür aber wurde Kollege Leipart während seiner ganzen Rede durch fortgesetzte ungezogene Zwischenrufe ungehindert gestört und unterbrochen. Auch das Schlusswort, das jedem Referenten am Ende der Debatte gewährt wird, wurde dem Verbandsvorsitzenden verweigert. Das Ergebnis der Abstimmung ist in dem Bericht insoweit richtig mitgeteilt, als tatsächlich nur eine geringe Anzahl mit Nein gestimmt hat. Zur Ergänzung muß jedoch erwähnt werden, daß der Vorsitzende der Versammlung über den Antrag im Zusammenhang mit einem gleichzeitigen Protest gegen die Vaterlandspartei abstimmen ließ. Bei dieser Methode konnte das Stimmenverhältnis kaum anders ausfallen. Im übrigen wird niemand über den sachlichen Inhalt des gefassten Beschlusses den Berliner Kollegen zürnen wollen. Tief bedauerlich ist nur die Art und Weise, wie seit längerer Zeit in den Generalversammlungen von den meisten Rednern die Debatte geführt wird. Von Sachlichkeit kann da überhaupt nicht mehr gesprochen werden. Die Unzufriedenheit über diese Ausartung der Generalversammlung ist selbst in den Reihen der Delegierten zur Generalversammlung groß, und es läge sehr im Interesse der Organisation unserer Berliner Kollegen, wenn die jetzigen Wortführer einen besseren kameradschaftlichen Geist zeigen und eine erfolgreiche positive Wirksamkeit der Organisation ermöglichen würden.

**Erfurt.** Die am 13. April abgehaltene Mitgliederversammlung beschäftigte sich unter anderem mit dem Volksbund für Freiheit und Vaterland auf Grund des Vortrages, den der Verbandsvorsitzende, Kollege Leipart, in Berlin gehalten hat. Das Ergebnis der Aussprache wurde in einer Resolution zusammengefaßt, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß der Beitritt des Verbandes zum Volksbund für überflüssig erachtet wird, da die politische Vertretung der Arbeiterklasse bis jetzt doch nur von der Sozialdemokratischen Partei wirklich wahrgenommen wurde. Die Kollegen sind der Meinung, daß auch später von anderer Seite der Arbeiterklasse keine bessere Hilfe kommen wird.

**Leipzig.** Zu den in den Nummern 13 und 15 der „Holzarbeiter-Zeitung“ abgedruckten Berichten aus Leipzig sendet uns der Kollege Emil Winkler eine längere Zuschrift, die wir nur auszugsweise wiedergeben können. Die in der redaktionellen Bemerkung zu dem Bericht in Nr. 13 aufgestellte Behauptung, er habe erklärt, der Bevollmächtigte Geride besitze das Vertrauen eines großen Teils der Mitglieder nicht mehr, weil er nicht zu den „Unabhängigen“ gehöre, bezeichnet Kollege Winkler als eine „glatte Erfindung“. Wohl habe er gegen frühere Äußerungen des Kollegen Geride polemisiert, wobei er von dem Gedanken ausgegangen ist, daß das Verhältnis zwischen den Verbandsmitgliedern und ihren Angestellten anders sein muß als das zwischen Unternehmer und der Arbeiterorganisation. „Die Interessen der Mitglieder sollen die eigenen Interessen des Angestellten sein, weil er eben lediglich zur Vertretung dieser Interessen angestellt wurde. Diese Vorbedingung muß auch in bezug auf politische Wirken maßgebend sein. Die Gewerkschaften können nicht ohne politische Interessenvertretung ihre Aufgabe erfüllen. . . . Und wenn sich nun hier der Gewerkschaftsbeamte in seinem politischen Denken und Fühlen von der Masse der Mitglieder trennt, wenn er eine andere politische Richtung einschlägt oder sich gar einer anderen Partei anschließt, dann handelt er in gewisser Beziehung gegen die Interessen der Mitglieder. Dann wird das Vertrauen der Mitglieder erschüttert. Er kann das uneingeschränkte Vertrauen derjenigen Mitglieder nicht mehr beanspruchen, die in seiner neuen politischen Auffassung eine Gefahr für die allgemeine Arbeiterbewegung erblicken.“ Kollege Winkler fügt hinzu, daß es ihm nicht eingefallen sei, in seine Worte irgendwelchen Zwang in bezug auf die Zugehörigkeit des Kollegen Geride zur Unabhängigen Partei zu legen. Wir können aber trotzdem nicht finden, daß seine Ausführungen, wie er sie selbst wiedergibt, sich wesentlich von dem unterscheiden, was er als „glatte Erfindung“ bezeichnet.

In seinen weiteren Ausführungen beschäftigt sich Kollege Winkler mit der „Holzarbeiter-Zeitung“. Er kritisiert den Artikel in Nr. 7 „Gewerkschaftliche Betrachtungen zum Massenstreik“ und den im gleichen Sinne gehaltenen Artikel „Die Arbeiterinnen und der Massenstreik“ in Nr. 3 des „Holzarbeiter-Frauenblattes“. Die Redaktion habe in den erwähnten Artikeln über den Massenstreik auf die linksstehenden Mitglieder mit aller Wucht losgehauen. Das entspreche nicht den Richtlinien, die der Redakteur auf dem Münchener Verbandstage entworfen habe. Deshalb forderte Kollege Winkler in seiner Resolution eine Kluge, beide Teile gleich behandelnde neutrale Gewerkschaftspolitik.

In dem beanstandeten Artikel im „Frauenblatt“ wird auf die besagten wertvolle Zersplitterung der Arbeiterbewegung hingewiesen, die es verschuldet habe, daß man es unternehmen konnte, einen Massenstreik ohne die Führer und gegen die Führer einzuleiten. In der „Holzarbeiter-Zeitung“ wurde festgestellt, daß die Unabhängigen es abgelehnt haben, eine Vertretung der Generalkommission in der zur Regierung entsandten Verhandlungskommission zuzulassen. Dieses Versteifen auf eine Etikettenfrage hat dazu geführt, daß der Massenstreik, der andernfalls wenigstens einen ordnungsmäßigen Abschluß gefunden hätte, ein so wenig rühmliches Ende fand. Das sind allgemein bekannte Tatsachen. Es zeugt von einer reichlich narren Auffassung der Dinge, wenn von der Redaktion eines Gewerkschaftsblattes verlangt wird, sie solle gegenüber Vorgängen, welche die Interessen der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften dermaßen berühren wie der Massenstreik, den Kopf in den Sand stecken, um nicht der Wahrheit gemäß feststellen zu müssen, daß gewisse Führer und Gruppen der Arbeiter der Gesamtarbeiterschaft schweren Schaden zugefügt haben.

Kollege Winkler wendet sich gegen die im Versammlungsbericht wiedergegebenen Äußerungen des Kollegen Geride und sagt, es liege den heutigen Kritikern ebensoviel an der Erhaltung einer geschlossenen Organisation der Leipziger Holzarbeiter wie der Verwaltung. Als Beweis, daß es sich bei der Kritik nicht um einseitige parteipolitische Tendenzen handle, weist er darauf hin, daß auch an den zur Unabhängigen Partei gehörigen Verwaltungsmitgliedern Kritik geübt wurde. Die Wahl der Verwaltungsmitglieder habe keine klare Entscheidung gebracht, weil die gedruckte Vorschlagsliste als Stimmzettel benutzt wurde und sich ein großer Teil der Mitglieder an der Abstimmung nicht beteiligt habe. Der Antrag, auch die Angestellten in gleicher Abstimmung zu wählen, sei mit 211 gegen 209 Stimmen abgelehnt worden, und mindestens 200 Kollegen hätten sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

**Aus der Holzindustrie.**

**Gegen die Möbelhämster in den besetzten Gebieten.**

In Nr. 5 der „Holzarbeiter-Zeitung“ haben wir Wahrnehmungen mitgeteilt, die darauf schließen lassen, daß gewisse Spekulanten es darauf abgesehen haben, in den besetzten Gebieten im Osten die Möbel aufzukaufen, die dort in den Unterküsten der Offiziere und Mannschaften in großen Mengen vorhanden sind, um sie mit Wuchergewinn in den Großstädten wieder zu verkaufen. Unser Appell an die Behörden, gegen solche Versuche energisch einzuschreiten, ist nicht ungehört verhallt.

Das Kriegsministerium hat, allerdings erst auf dem Umwege über die „Münchener Post“, die unsere Notiz abgedruckt hatte, von den Dingen Kenntnis erhalten und das Erforderliche veranlaßt. Einem Rundschreiben, welches der Chef des Generalstabes beim Oberbefehlshaber Ost, General Hoffmann, an die ihm unterstellten Kommandobehörden verfaßt hat, entnehmen wir, daß der Kriegsminister den fraglichen Zeitungsausschnitt dem Oberbefehlshaber zur Kenntnis gebracht hat, der ihn abschließend weitergab mit dem Hinzufügen: „Es wird ersucht, Nachforschungen anzustellen, ob im dortigen Befehlsbereich ähnliche Vorgänge bekannt sind, und das Ergebnis zu melden.“

Damit hat unsere Notiz den gewollten Zweck erreicht, und es steht zu erwarten, daß den Möbelhämstern das Handwerk geleert wird.

Die Internationale Union der Holzarbeiter.

Nach der im Bulletin der Internationalen Union veröffentlichten Abrechnung hatte die Union im Jahre 1917 eine Gesamtausgabe von 4601,24 Mk., wovon allein 3288 Mk. auf den Druck des "Bulletin" entfallen.

Zu der Abrechnung macht der Sekretär der Internationalen Union einige Bemerkungen, in denen es u. a. heißt: "Die meisten Verbände haben sich auf die ergangene Aufforderung hin bereit erklärt, Extrabeiträge zur Deckung des Defizits zu leisten."

Der Jahresbeitrag für die Internationale Union beträgt 2 Frank für je 100 Mitglieder. Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes hat bereits beschlossen, einen Extrabeitrag in Höhe eines ordentlichen Jahresbeitrages an die Internationale Union abzuführen.

Löhne in Holland.

Der Vorstand des Allgemeinen Niederländischen Möbelarbeiter-Verbandes hat einen umfangreichen Tätigkeitsbericht für die Jahre 1916 und 1917 in Broschürenform herausgegeben.

Table with 4 columns: City, 1908, 1912, 1917. Rows include Amsterdam, Arnhem, Groningen, Haarlem, Silberjum, Dosterbeel, Rotterdam.

Zu bemerken ist, daß diese Lohnangaben sich nur auf Arbeiter im Alter von 24 und mehr Jahren beziehen.

Der Schwedische Holzarbeiter-Verband hatte im Dezember 1916 11 430 Mitglieder, im September 1917 war die Mitgliederzahl 14 439.

Der Norwegische Holzarbeiter-Verband vermehrte seine Mitgliederzahl im Laufe des Jahres 1917 von 5656 auf 7205.

Gewerkschaftliches.

Heinrich Schneider gestorben.

Der Redakteur des "Proletarier", des Organs des Fabrikarbeiter-Verbandes, Heinrich Schneider, ist am 14. April in Hannover an den Folgen eines einige Tage zuvor erlittenen Strosenbahnunfalls gestorben.

Tarifverhandlungen im Schneidergewerbe.

Vom 10. bis 13. April fanden in Nürnberg zentrale Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Organisationen im Schneidergewerbe statt.

Die Verhandlungen über eine neue Teuerungszulage fanden vor dem Kollegium der Unparteiischen statt, in welches an Stelle des Magistratsrats v. Schulz (Berlin) der Oberbürgermeister Dr. Gehler (Nürnberg) eingetreten war.

Vorschlag bedarf der Zustimmung der Parteien, die in den nächsten Wochen erfolgen muß.

Im Verband der Lithographen und Steindrucker hat die vorgenommene Urabstimmung die Annahme der vorgeschlagenen Beitragserhöhung ergeben.

Literarisches.

Das Fachblatt für Holzarbeiter bringt im Aprilheft Arbeiten nach Entwürfen des Stuttgarter Architekten Professor Lang-Kurz.

Das Fachblatt kostet vierteljährlich 1,50 Mk. Verbandsmitglieder erhalten es bei Bezug durch die Ortsverwaltung für 1,25 Mk.

Zentralranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, ausschließlich aller Berg- und Erdbauarbeiter, in Hamburg.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Der Vorstand der Kasse beruft hiermit die nächste 24. Generalversammlung auf den 30. Juli 1918 und folgende Tage nach Würzburg ein.

Tagesordnung:

- 1. Berichte der Mandatsprüfungskommission.
2. Berichte: a) des Aufsichtsrats, b) des Vorstandes und des Hauptkassierers, c) des Schiedsgerichts, d) der Rassenprüfungskommission.
3. Satzungsänderung.
4. Wahl und Bericht der Haushaltskommission.
5. Bericht und Beschlussfassung über eingegangene Beschwerden.
6. Wahlen: a) des Sitzes und der Mitglieder sowie der Ersatzmänner für den Aufsichtsrat, b) der Vorstandsmitglieder und deren Ersatzmänner, c) des Schiedsgerichts und der Ersatzmänner.
7. Erledigung sonstiger Kassenangelegenheiten.

Der Vorstand.

J. A.: G. Blume, Vorsitzender.

Auch in diesem Jahre hält der Vorstand eine Neuwahl der Ortsverwaltungen angeht der Verhältnisse nicht für angebracht. Er ersucht vielmehr die jetzigen Ortsverwaltungen, ihr Amt weiterzubekleiden und dem Vorstand nur die nötig gewordenen Änderungen in den Verwaltungen stellen sofort mitzuteilen.

Gestorbene Mitglieder.

- Paul Böhm, Tischler, 45 Jahre, gest. in Frankfurt a. d. Oder.
Paul Lemke, Tischler, 19 Jahre, gest. in Steinhilber.
Christian Dahling, Maschinist, gest. in Göttingen.
Georg Schwarz, Tischler, gest. in Duisburg.
Eberhard Dams, 63 Jahre, gest. in Duisburg.
Franz Wolf, 51 Jahre, gest. in Schney.
Otto Wallrodt, 34 Jahre, gest. in Ebneth.
Julius Bohler, Tischler, 60 Jahre, gest. in Freiburg (Schlesien).
Gustav Körner, Tischler, 53 Jahre, gest. in Leipzig.
Paul Langer, Tischler, 28 Jahre, gest. in Leipzig.
Otto Adermann, Polierer, 58 Jahre, gest. in Leipzig.
Robert Lindner, Instrumentenmacher, 64 Jahre, gest. in Leipzig.
Robert Sieber, Modelltischler, 44 J., gest. in Leipzig.
Alfred Schulz, Bergolber, 63 Jahre, gest. in Leipzig.
Salat Gruber, Pianofortetischler, 63 Jahre, gest. in Leipzig.
Emil Bogelgejang, Klaviaturtischler, 74 Jahre, gest. in Leipzig.
Louis Selbmann, Tischler, 55 Jahre, gest. in Rabenau.
Anton Dudic, gest. in Friedrichshafen.
Andreas Kojchinski, Tischler, 49 J., gest. in Adlershof.

Ehre ihrem Andenken.

Gelehrter Handwerker gesucht Tischler, Zimmermann, Börsiger oder dergl., der in großer Holzbearbeitung Meisterposten auf dem Platz übernimmt. Schriftl. Angebote an: Schmidt & Co., Kollbis (Pommern).

Tischler, selbständig und zuverlässig, Arbeit, Arbeit, Arbeit. Best. Angebote mit Lebensversicherung. Emil Grimm & Co., S. u. S., Dornberg, Strelitz (Meckl.).

Gesucht einige tüchtige Tischler

Gedr. Heilig, Hamburg, Elternstraße 7, II.

Wir suchen einen in jeder Beziehung tüchtigen Zuschneider für Möbel, der in seinem Fache Hervorragendes leistet. Niedersächsische Möbel-fabrik, Münster am Deister.

Tücht. Fräser zum sofortigen Eintritt gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften und Lohnangabe an die Möbelfabrik J. Lang & Söhne, Heidelberg.

Werkführer gesucht!

Für meine Schirnstofffabrik, Abt. Naturstoffe, suche mit der Branche vertrauten Werkführer. Bernhard Koo, Berlin, Michaelkirchstraße 20.

Drechsler für rund u. vierkant gesucht. Schmidt & Hochstetter, Leisnig.

Stockerarbeiter, Zusammenpaffer, Feiler, Schleifer sowie Polierer sucht Alphonse Ludwig & Co., Etosfabrik, Berlin D., Eubener Straße 47.

Tüchtigen Beizer für Durchbeizer gesucht. Etosfabrik C. & S. Kollisch, Berlin SW., Ritterstraße 75.

10 Korbmacher auf Geschloßförbe gesucht. Arbeitsnachweis, Zahlstelle Halle (Saale), Harz 42-44.

Korbmachergehilfe auf grüne Arbeit für sofort gesucht. C. Hochgräf, Korbmachermeister, Zeterow (Mecklenburg-Schwerin).

5-6 Korbmacher auf Flaschenförbe und auf Grimgewalt sofort gesucht. D. Meyer, Kirchwärdler bei Hamburg, Nord Nr. 152.

Bürstenmacher gesucht. A. Widten Bw., Barmen.

Tüchtige Bürstenmacher zum Nähen und Einziehen sucht Kopphaarzuchterei Lederhaus Brud & Koppel, G. m. b. H., Frankenstein (Schlesien).

70 cbm rechteckige Holzlöge,

10 cm stark, etwas Baumkante gestattet, für Fabrikfußboden, auch Teilmengen, gesucht. W. Lüders, Wernigerode (Harz).

Alters wegen ist in einer Großstadt Mitteldeutschlands eine seit achtzehn Jahren mit bestem Erfolg betriebene Schreinerei und Glasererei samt Grundstück zu verkaufen.

Die Liegenschaft besteht aus zwei Vorderhäusern (vierstöckig) nebst einem großen Hinterhaus mit Werkstatt und vier Wohnungen. Dieselbe ist in zukunftsreichem Stadtviertel gelegen und rentiert so, daß der Besitzer neben freier Wohnung u. Werkstatt noch einen bedeutenden Barüberschub hat. - Offerten unter V. W. 14470 an Haasenstein & Vogler A.-G., Frankfurt am Main.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Table with columns: Ort, Bauarbeiter, Möbeltischler, Maschinenarbeiter, Polierer, Drechsler, Sonstige Branchen, Insgesamt. Rows include Berlin, Bremen, Breslau, Celle, Chemnitz, Eisenburg, Forst, Hamburg, Hannover, Herford, Leipzig, Ribed, Zusammen, Vor. Woche.

NE. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.

Advertisement for Funcke & Brüninghaus Metallwarenfabrik, Lüdenscheid (Westfalen). Includes image of a clamp and text: Eiserne Klammern aus 1 1/4 mm starkem Material haben abzugeben.

Advertisement for Tischler-Fachschule Detmold. Text: Ausbildung zum Meister, Werkmeister und Zeichner in kurzfristigen Kursen. Beschriftet von vielen Kriegsbeschädigten-Fürsorgestellen. Auskunft durch die Direktion: B. Kollfächer.